



Vierteljähriger Abonnementzur. in Breslau 5 Mark, Nach-Abo. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechsteligen Petit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Beziehungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 486. Mittag-Ausgabe.

Zweiundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Dienstag, den 18. October 1881.

Die Zurückhaltung des Reichskanzlers.

L. C. Die „Post“ hat in dem neulich bereits erwähnten Artikel über die Combination Bennigsen die Bemerkung gemacht: „Wir glauben nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß die von Herrn von Bennigsen vor länger als drei Jahren kundgegebene Abneigung gegen das Monopol nicht ohne Einfluß auf die Zurückhaltung geblieben ist, mit welcher der Reichskanzler diese Frage seitdem behandelt hat.“ Was es mit dieser „Zurückhaltung“ auf sich hat, erfahren wir aus dem Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 24. Januar 1879, welches die „N. A. Ztg.“ soeben publicirt hat, um die „National. Corresp.“ zu widerlegen, die sich für ermächtigt erklärt hatte, zu bestreiten, „daß Herr Hobrecht sich im Schoße der Staatsregierung grundsätzlich und ausdrücklich als Anhänger des Tabakmonopols bekannt habe.“ Es ergiebt sich nämlich aus jenem Protokoll, daß das damalige Staatsministerium unter dem Vorsitz des Vicepräsidenten Grafen zu Stolberg-Wernigerode, bestehend aus den Herren Dr. Leonhardt, von Kamecke, von Bülow, Staatssekretär Hofmann, Graf Eulenburg, Mapbach, Hobrecht, Dr. Falk und Dr. Friedenthal, einstimmig den Beschluß gefaßt hat, „daß das Monopol diejenige Steuerform sei, welche die höchsten Erträge aus dem Tabak mit Sicherheit verspreche und für diese Erträge die gerechte Vertheilung der Belastung gewähre.“ Daz es bei dieser Formulirung des Beschlusses sein Bewenden hatte, war wiederum nicht die Folge der von dem Reichskanzler beobachteten Zurückhaltung, sondern des geringen Anlangs, den die Idee des Staatssekretärs Hofmann fand, der in seinem Votum die sofortige Einführung des Monopols befürwortete, offenbar in Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler. Die sofortige Einführung des Monopols erachtete der damalige Finanzminister Hobrecht für unmöglich; empfahl als Uebergangsform die Gewichtsteuer, deren Einführung denn auch im Reichstage beantragt wurde auf Grund einer Vorlage, in deren Begründung eingehend erörtert wurde, aus welchen Gründen zur Zeit dahingestellt bleibten müsse, „ob es zweckmäßig oder möglich sein wird, demnächst einmal in Deutschland das Tabakmonopol einzuführen.“ Für jetzt müsse eine solche Maßregel schon mit Rücksicht darauf außer Betracht bleiben, daß es sich um die baldige Erzielung eines höheren finanziellen Ertrags handele u. s. w. Der Reichskanzler würde trotz der Haltung des Herrn v. Bennigsen und trotz der Ergebnisse der Arbeiten der von dem Bundesrat ein gesetzten Enquete-commission schon im Frühjahr 1879 die sofortige Einführung des Tabakmonopols in Deutschland beantragt haben, wenn er seine preußischen Collegen für seine Ansicht hätte gewinnen können und wenn er irgend welche Aussicht gehabt hätte, für seinen Antrag die Zustimmung des Reichstages zu finden. Will die „Post“ dieses Verhalten des Reichskanzlers „Zurückhaltung“ nennen, so mag sie das thun; in Wirklichkeit bestand die Zurückhaltung des Fürsten Bismarck darin, daß er sich enthielt, mit dem Kopf durch die Wand zu rennen. Die Erinnerung an diese Sachlage ist unmittelbar vor den Neuwahlen zum Reichstage doppelt von Interesse; die Wähler müssen inne werden, daß es ihre Aufgabe ist, durch einen nachhaltigen Protest gegen das Tabakmonopol den Reichskanzler in seiner klugen „Zurückhaltung“ zu bestätigen.

§ 11 des gedachten Gesetzes heute verboten haben. Düsseldorf, den 12ten October 1881. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern. v. Roos. Mittel Entschließung vom heutigen Tage haben wir die Druckschriften: 1) ein Flugblatt ohne Angabe des Druckers und Verlegers, überzeichnet mit: „Freunde und Genossen! Arbeiter!“ mit dem Datum: „Deutschland, Anfang October 1881“ und mit einer Reihe bekannter Namen von Socialdemokraten unterzeichnet; 2) eine Druckschrift, gleichfalls ohne Angabe des Druckers und Verlegers, mit der Aufschrift: „Werther Genosse!“ sowie mit den Eingangsworten: „da für Donnerstag, den 27. October die allgemeinen Reichstagswahlen angeordnet sind, ic.“ ohne Datum und Unterschrift; 3) drei Entwürfe zu socialdemokratischen Flugblättern, und zwar: a. mit der Überschrift: „Wähler des . . . Wahlkreises, der Wahltag naht“, b. mit der Überschrift: „Wähler! Bürger! Landleute! Arbeiter!“ In wenigen Tagen — am 27. Octbr. d. J. . . c. mit den Eingangsworten: „Wähler! Auf den 27. October seit Ihr an die Urnen berufen ic.“; 4) eine Druckschrift mit dem Titel: „Der Pfeifer aus Amerika. Eine Erzählung für Landleute, erbaulich zu lesen“, ohne Bezeichnung des Druckers und Verlegers — auf Grund des § 11, Absatz 1 des Gesetzes vom 21. October 1878 gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie verboten. Ausbach, den 15. October 1881. Frhr. v. Heereman, königlicher Regierungs-Präsident.

Provinzial-Zeitung.

H. Breslau, 18. October. [Wählerversammlung der Fortschrittspartei.] Die gestern Abend stattgehabte Versammlung der Wähler des Ostbezirks, zu der ausdrücklich nur die Anhänger der Fortschrittspartei und der dieser befürworteten Parteien eingeladen waren, war, wie schon berichtet, so anhörendlich zahlreich besucht, daß der große Saal des Schlesischen Theaters in allen seinen Räumen vollständig gefüllt war. Im Namen und Auftrage des Wahlcomites übernahm Buchhändler Morgenstern die Leitung der Verhandlungen. Derselbe eröffnete die Versammlung, indem er zunächst für das zahlreiche Erscheinen dankte, das die beste Antwort auf die Behauptung der gegnerischen Parteien sei, daß sich das Volk und die Wählerschaft immer mehr und mehr von der Fortschrittspartei abwende. Das Treiben der Gegner trage vielleicht am meisten dazu bei, daß gerade das Gegenteil geschiehe, daß man sich mehr und mehr für die Fortschrittspartei erwärme und daß Jeder, der sich einen offenen Sinn und ein offenes Auge für die Verhältnisse bewahrt habe, sich den Bestrebungen der Fortschrittspartei anschließe. In der zu Anfang dieses Monats bei Liebstadt abgehaltenen allgemeinen Versammlung, in der beide Kandidaten der Partei gesprochen, habe der Vorsitzende ausdrücklich erklärt, daß die Kandidaten es als ihre Pflicht anerkennen, den Wählern ihrer respektiven Wahlkreise sich vorzustellen, ihre Anhänger vor ihnen zu entwickeln und auf Verlangen Rede und Antwort zu stehen. Die heutige Versammlung habe den Zweck, für den Ostbezirk dies Versprechen einzulösen.

Der Kandidat des Ostbezirks, Herr Beblo, sei im Bezirk nicht unbekannt, seit einer Reihe von Jahren in denselben angefechtet und habe im Dienste der Commune bereits Herborragendes geleistet. Er könne aus eigener Wahrnehmung und Lebenserfahrung die Bedürfnisse des Volkes und werde gewiß im Reichstage ebenso unerhörten und maßvoll, wie er dies in andern Kreisen bereits gethan, die Interessen des Volkes zu vertreten.

Demnächst ertheilte der Vorsitzende das Wort Herr Boblo, der, von lautem Beifall empfangen, an die Versammlung folgende Ansprache richtete:

„H. h! Gestatten Sie mir, Ihnen auch von dieser Stelle aus mit wenigen Worten zu sagen, was Sie von mir zu erwarten haben, wenn Sie mir die Ehre erweisen, mich zu Ihrem Vertreter in den Reichstag zu wählen.

Der Stadtbezirk, in welchem es mir augenblicklich vergönnt ist, zu reden, hat mich zwei Mal zum Stadtverordneten gewählt, und ich glaube deshalb, daß alte Bekannte gegenüberstehen, die bereits Gelegenheit hatten, mein Thun und Tun kennen zu lernen und am besten beurtheilen können, in wie weit ich geeignet bin, auch ihre und des gesammelten Landes Interessen im Reichstage zu vertreten.

Ich verhebe auch Ihnen nicht, daß ich bisher mich mit den politischen Fragen nicht so intensiv beschäftigt habe, wie es für einen Reichstags-Abgeordneten vielleicht geboten ist, indeß, so wie ich in dem bisherigen Wirkungskreise als Stadtverordneter mit Ruhe und ohne Voreingenommenheit die Angelegenheiten der Stadtverwaltung geprägt und nach bestem Wissen mein Votum für oder gegen abgegeben habe, so würde ich es auch im Reichstage halten.

Sie wissen, m. h., daß ich von der Fortschrittspartei

als Kandidat aufgestellt bin und treu deren Prinzipien soll die Ausführung meines Mandats erfolgen.“ „Gegen die Fortschrittspartei und ihren secessionistischen Anhang“, das ist die Parole des neuen Wahlvereins, der in seinem Aufrufe uns die Ehre erweist, unsere Partei in erster Linie zu seinen Gegnern zu zählen. Der Aufruf bezeichnet uns als eine Partei, welche

dauern einen Gegensatz zwischen Volk und Regierung zu erhalten bestrebt ist; dieser Vorwurf ist ein sehr billiger, aber nur dann zu begründender, wenn es als unzulässig betrachtet wird, daß die von dem Volke in den Reichstag gewählten Männer in gegebenen Fällen eine andere Meinung, als die Regierung haben. Es ist bereits von meinem verehrten Collegen, Herrn Justizrat Freudenthal, in seiner letzten Rede auseinander gesetzt, daß es unendlich leicht ist, zu allen Vorlagen Ja zu sagen, schwer aber das Nein, weil mit Recht verlangt wird, daß dieses Nein begründet werde.

Ich halte die Frage für erlaubt, wenn die freie Meinungsäußerung im Reichstage zur Zeit nicht gestattet sein soll, warum der Neue Wahlverein nicht lieber gleich so weit geht, um Kandidaten zu empfehlen, welche für eine Superwahl des Reichstages mindestens für die Lebensdauer des Fürsten Reichskanzler einzutreten sich verpflichten? Das wäre doch das Beste und billigste Verfahren! Die Gesetze, deren großer Mängelhaftigkeit, wenn nicht gar Schädlichkeit behauptet wird, sind sie nicht von dem Fürsten Reichskanzler vorgelegt und genehmigt worden? Steht ihm denn erst jetzt die Möglichkeit zu, seine Veto gegen ihm schlecht dünkelnde Gesetze einzulegen? Wenn die Gesetze jetzt nicht gut erscheinen, warum macht man bloss den liberalen Parteien einen Vorwurf daraus? Verantwortlich sind und bleiben die sämtlichen Parteien der Gesetzgebung, und es will mir nicht geziemend erscheinen, nur die guten Erfolge für die eine oder andere Partei in Anspruch zu nehmen, die schlechten aber auf die Schultern anderer zu wälzen. (Bravo!)

Der Aufruf des Neuen Wahlvereins sagt weiter: „Wir erwarten von unserer Abgeordneten, daß sie die von der Regierung zum Besten der arbeitenden Klassen in Aussicht gestellten Vorschläge mit Wohlwollen entgegennehmen und mit Gewissenhaftigkeit prüfen.“ Ja, m. h., erwarten Sie denn von mir etwas Anderes? Haben denn die Herren des Neuen Wahlvereins allein ein Herz für die Arbeiter? Darf ich für mich, der ich 26 Jahre lang theils als Verwalter, theils als Principal mit den verschiedenen Arten von Arbeitern verkehrt habe, nicht ein gewisses Verständnis in Anspruch nehmen für Fragen, welche die berechtigten Wünsche der Arbeiter betreffen? Wenn ich im Einverständniß mit den Prinzipien der Fortschrittspartei mich für die Vermehrung indirekter Steuern nicht erwärmen kann, so habe ich hierfür bereits früher meine Gründe delegezt und auch nachgewiesen, daß dieselben zu einer Erleichterung der Communen bisher nicht geführt haben, im Gegentheil sind mindestens die städtischen Communen am empfindlichsten von den neu eingeführten Zöllen berührt worden. Wenn Sie blos den Getreidezoll in Anzahl bringen, der eine Belastung von 2 Mark per Kopf und Jahr be trägen soll, so hat unsere Stadt circa 54,000 Mark aufzubringen; rednen Sie ferner den Zoll auf Petroleum mit circa 3 Mark auf eine Familie von durchschnittlich 5 Köpfen, so ergibt das ferner 150,000 Mark, zusammen also mehr als 4 Simpla unserer Communalsteuer. Dem gegenüber steht der Ertrag von 3 Monaten Klassensteuer und der unteren Stufen Einfuhrsteuer, die etwa 1/4 der vorgenannten Summe ausmachen wird.

Kann das eine Erleichterung der Commune genannt werden und dürfen wir, wie es der Neue Wahlverein thut, nach dieser Erfahrung die Ver-

mehrung einzelner Steuern für geboten bezeichnen? Ist es nicht vielmehr unsere Pflicht, bei der ohnedies steigenden Anspannung der Steuerkraft darauf hinzu dringen, daß durch eine möglichste Sparfamilie im Reichshaushalt es unnötig wird, fortwährend neue Einnahmequellen zu suchen? Diesenigen von Ihnen, m. h., welche die „Schlef. Ztg.“ lesen, werden in einigen August-Nummern eine Zusammenstellung der verschiedenen Steuern Preußens gelesen haben; wir befinden uns dieser Menge von Steuern gegenüber allerdings noch zum Theil in den ersten Anfängen; am interessantesten war es für mich aber gerade aus dieser Zeitung zu erleben, wie das Tabakmonopol in politischer Beziehung von der Regierung benutzt wird. Der betreffende Passus lautet: Die Vergabeung der bureaux de tabac spielt bei den Wahlen stets eine gewisse Rolle und Herr Leon Say hat seiner Zeit als Finanzminister den strengen Befehl ergeben lassen, alle Nicht-Republikaner, d. h. alle, die sich nicht als ehrige Wahlagenten der Regierung erweisen, aus dem Bereichste zu entfernen. Ist eine derartige Consequenz des Tabakmonopols bei uns unmöglich? Aus den Zeitungen werden Sie ferner die Zahlungen erfahren haben, die Herr Stadtrichter Friedlander auf Grund amtlicher Auskunft in letzter Versammlung mitgetheilt hat, um zu beweisen, welchen nachteiligen Einfluß das Tabakmonopol allein auf unsere Stadt ausüben werde; kleinere Städte, wie B. Orlau, Wanzen, werden noch weit härter betroffen. Mit Sorgfalt hat man in den von Überschwemmungen betroffenen Gegendn Haus-Industrien einzuführen gesucht, und jetzt will man einer Menge von braven Leuten eine Industrie nehmen, die sich mehr wie jede andere zu einer Haus-Industrie eignet und es ermöglicht hat, vielen Händen, welche im Winter keine Beschäftigung haben werden, einen lohnenden Verdienst zuzuführen.

Wird der Nutzen, den das Tabakmonopol etwas bringen könnte, im Verhältnis stehen zu dem großen Elend, das es für eine Menge von Arbeitern herbeiführen muß. Das Tabakmonopol ist ein erster, aber großer Versuch auf der schiefen Ebene des Staatsocialismus und wird deshalb mit Recht von der Fortschrittspartei bekämpft, welche die wirtschaftliche, bürgerliche und politische Freiheit gewahrt wissen will. (Lebhafte Bravo!)

Weiter den Herren Handwerksmeistern wird zum Zweck der Wahlgitation der Glaube zu erwecken gesucht, daß die sog. Schrankenlose Gewerbefreiheit sie der Ausbildung durch das Capital überflüssig habe und nur die Bildung starker, lebensfähiger Innungen das Mittel sei, das Handwerk zu heben. Die Thatfrage, daß in Preußen von dem Jahre 1811—1849 Gewerbefreiheit bestand, und der Rückblick, der man immer auf die frühere goldene Zeit wirst, sprechen dagegen, daß die Gewerbefreiheit den Unfug angestiftet hat, dessen sie gejährt wird, und ich würde nicht anempfehlen können, nach dieser Richtung weiter zu drängen, als es die gegenwärtige Gezeitlage gestattet. Auf die Zeit zurückzugehen, wo die einzelnen Gewerbe streng abgezweigt, einen weiten Kampf wegen der Kompetenzübereichungen zu führen hatten, dürfte wohl weder erwünscht noch möglich sein. Welcher Werth auf die Ausbildung von Lehrlingen setzt der Fortschrittspartei gelegt wird, beweisen am besten die Lehrlingsfortbildungsschulen, deren Entstehen und fortgesetzte Weiterentwicklung die Fortschrittspartei als Verdienst für sich wesentlich in Anspruch nehmen kann.

In gleicher Weise war die Fortschrittspartei stets bemüht, das gesammelte Schulfesen, namentlich das der Volkschulen, aufzubessern, und mit Freuden würde ich Bestrebungen dieser Richtung auch im deutschen Reichstage zu fördern suchen.

M. h! Lassen Sie mich mit der Versicherung schließen, daß ich mit meinen besten Kräften das mir übertragene Mandat in unwandelbarer Treue zu Kaiser und Vaterland ausüben werde. (Langandauernder, lebhafter Beifall.)

Der Aufruf des Vorsitzenden entsprechend, erbat sich hierauf der Sekretär der Gewerbevereine, Schubert, das Wort, um den Kandidaten bezüglich seiner Stellung zu den reichsfanzlerischen Plänen, betreffend die Altersversorgung der Arbeiter, das sogenannte Patrimonium der Enterbten, zu interpelliren.

Herr Beblo erwiderte, er käme in dieser Richtung sich bereits ausgesprochen zu haben in dem, was er über das Tabakmonopol gesagt, mit dem das Patrimonium der Enterbten in Zusammenhang gebracht worden sei. Er habe bereits früher gesagt, daß er dies bedauere. Er halte die Frage der Altersversorgung noch für so wenig vorbereitet, daß überhaupt noch kein Urtheil darüber fallen lässe, ob es überhaupt möglich sein werde, das Projekt durchzuführen. Es fehle nach dieser Richtung an jeder Statistik. So weit die möglichen Gewinne, habe der Abg. Richter sie gegeben. Derselbe habe oberflächlich angesehen, daß etwa 11 oder 16 Pf. per Kopf auf jedem zu Versorgenden kommen würden, wenn der Ertrag des Tabakmonopols, falls dasselbe zur Annahme gelange, für die Altersversorgung zur Verwendung komme, ein Betrag, von dem man nicht sehr behaupten kann, daß er eine wirkliche Unterstüzung sei. Man werde sich also befreien müssen, bis das ganze Project in etwas concreterer Form erscheine. Gefeiert das, dann werde der Redner, mit Wärme für dasselbe Lebhafter Beifall.

Weit meldet sich Herr Scheid zum Wort, der auf Fragen ausdrücklich erklärt, Mitglied der Fortschrittspartei zu sein. Derselbe erklärt, daß gegenwärtige Submissionsweisen für einen Krebsbeschlag in unseren industriellen Verhältnissen bezeichnen zu müssen und wünscht eine Erklärung des Kandidaten darüber, wie derselbe sich zu einer Regelung desselben stellen würde.

Herr Beblo meint, daß diese Regelung füglich wohl nicht Sache des Reichstages werde sein können. Ein allgemeines, das Submissionswesen regelndes Gesetz zu erlassen, dürfe wohl unendlich schwer sein. Es sei zu beweisen, daß das gegenwärtige Submissionswesen allerdings dahin geführt habe, daß nicht die Güte der Arbeit, sondern die Willigkeit derselben den Ausschlag gebe. Der Wunsch nach einer Regelung dieser Verhältnisse sei gewiß berechtigt, ob derselbe aber durch den Reichstag seine Erfüllung werden kann, sei zweifelhaft, da dies wohl mehr Gegenstand der Einzelgesetzgebung sein werde. (Batumming.)

Endlich wünscht ein Herr Thomas noch Auskunft über die Stellung des Kandidaten zum Genossenschaftswesen, das seitens der clericalen und der conservativen Partei zum Gegenstande von Anträgen gemacht worden sei.

Herr Beblo bittet um Nachfrage, wenn er die in etwas unbestimmter Form ausgesprochene Frage nicht erschöpfend beantwortete, da er sich mit dem Genossenschaftswesen weniger beschäftigt habe. Bezuglich des Antrages Mirbach auf Einführung einer beschränkten Solidarhaft glaubt Redner, daß die in Bayern, Österreich und Belgien gemachten Erfahrungen gezeigt haben, daß die Vereine mit limitierter Solidarhaft sich den Zwecken der Genossenschaft gegenüber nicht halten können. Die Ziele des erwähnten Antrages seien, wie Redner glaubt, schon in dem Rahmen der gegenwärtigen Gelehrsamkeit zu erreichen. Bezuglich des Antrages Adermann, der eine ganze Reihe von Beschränkungen des Genossenschaftswesens bezeichnet und namentlich eine polizeiliche Überwachung der Genossenschaften herbeizuführen wünsche, habe Schulze-Delius das Mögliche einer solchen Überwachung nachgewiesen, ebenso wie die Unmöglichkeit einer festen Begrenzung der Dividende. Schulze-Delius werde jedenfalls der beste Vertheidiger des Genossenschaftswesens sein und bleiben. Derselbe kennt am besten auch die Mängel, die ja sicher auch das Genossenschaftswesen, wie jedes Menschenwerk habe und es sei zu hoffen, daß die von ihm getätigten Anträge, welche die Befreiung dieser Mängel bezwecken, zur Annahme gelangen werden. (Beifall.)

Demnächst erhält Herr Dr. Nisch das Wort. Derselbe, von lautem, nicht enden wollenden Beifall empfangen, führt etwa folgendes aus: „Es ist, m. h., eine geraume Zeit her, daß ich die Ehre gehabt habe, vor einer politischen Wählerversammlung zu sprechen. Es war jener Abend, wo wir, an die Rede des früheren Oberbürgermeisters v. Jordan befehl, „Alle liberalen Mann an Bord!“ ankündigten, ihm vom Standpunkte der Fortschrittspartei aus unserer Zustimmung erklären zu müssen für recht hielt. Und in diesem Augenblick ist vielleicht der Moment gekommen, uns zu fragen, auf welchem Standpunkt die Fortschrittspartei heut, so kurz vor der Wahl, steht. Wenn es daher dahin unternehme, für den Kandidaten, den die erwähnten Vertretermänner der Partei Ihnen auf die Plattform gebracht

Deutschland.

Berlin, 17. October. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Sanitätsrat Dr. med. Heimann zu Breslau, dem Archidiakon Kapern und zu Börbig, im Kreise Bitterfeld, den Pfarrern Rosenthal zu Gatterstedt, im Kreise Querfurt, und Hildebrand zu Wiesle, im Kreise Gardelegen, und dem Rechnungsgericht Trepow zu Greifswald den Roten Adler-Orden vierter Klasse; sowie dem Schullehrer, Cantor und Küster Weis zu Loxendorf, im Kreise Landsberg a. B. den Adler der Inhaber des Königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern verliehen.

Se. Majestät der König hat den Vorsitzenden des Königlichen Eisenbahnen-Commissariats zu Breslau, Geheimer Regierungs-Rath Gustav Dittmer, zum Geheimen Ober-Regierungsrath ernannt, sowie dem Regierungsrath z. D. Balke in Gumbinnen den Charketer als Geheimer Regierungs-Rath und dem dirigierenden ersten Arzt der Irren-Heil- und Pflegeanstalt zu Eichberg, Dr. med. Matthias Haesler und dem praktischen Arzt Dr. Joseph Graß in Biebrich den Charakter als Sanitätsrath verliehen.

Die bisherigen Militär-Intendantur-Sekretäre Hoppe II vom XI. Armee-Corps und Zeidler und Mühl vom V. Armee-Corps sind zu Geheimen Commissariaten bei dem Rechnungshofe des Deutschen Reiches ernannt worden. — Die bisherigen Provinzial-Steuern-Sekretäre Mewes aus Magdeburg und Milatz aus Königsberg i. Pr., der bisherige Regierungss-Sekretär Korn aus Berlin und der bisherige Eisenbahn-Betriebs-Sekretär Hallwachs aus Strasburg i. E. sind zu Geheimen Commissariaten bei dem Königlichen Ober-Rechnungskomme ernannt worden.

Berlin, 17. Oct. [Se.

haben, ein Wort einzulegen, so bin ich mir voll bewußt, daß ich im großen Ganzen etwas Überflüssiges thue. Wenn eine Partei, in sich fest geeint, den Wählern einen Mann präsentiert, an dem auch die schärfsten Gegner irgend einen Flecken zu entdecken nicht vermögen (Lebhafte Beifall), der ihn unfähig oder untüchtig macht, die Stadt Breslau und das Volk im Reichstage zu vertreten, so ist das Unternehmen für ihn noch ein Wort einzulegen, zwar etwas Überflüssiges, es entspricht aber auf der anderen Seite meinem Gefühl. (Bravo!) Ich würde es für ein Unrecht halten, wenn der eine oder der andere, der sich durch ein Lebensalter das Recht erworben, von der Plattform zu den Wählern zu sprechen, hier schweigen wollte. (Bravo!) Schweigen hieße hier fehl geben. Und es ist ganz unbestritten, daß man auch den Mann messen kann an dem, was wir zu fordern berechtigt sind und die Forderungen vergleichen kann mit dem Werthe des Mannes. (Bravo!)

Nun, m. H., wir stehen streng, recht und fest auf dem Standpunkte der Fortschrittspartei, wie sie im Jahre 1861 sich gebildet hat, hervorgegangen aus der früheren demokratischen Partei, der einzelen von uns mit Leib und Seele in ihrem Grundsägen noch heute zugestellt sind.

Aber, m. H., eine politische Partei, welche im Parlamente zum Kampfe berufen ist, muß mindestens streng auf den Standpunkt sich stellen, daß sie das, was im Volke als Gedanke lebt und in der Gesetzgebung zum Ausdruck kommen kann und soll, entsprechend den Verhältnissen verfügt und fordert. Darum sind alle die Verdächtigungen der Partei, die innerhalb der Verfassung ihren Standpunkt unverrückt festgehalten hat, hinfällig und leer; sie kämpft seit ihrem Bestehen unausgesetzt mit offenem Biss für eine durch und durch freisinnige, constitutionelle Regierung (Beifall), und sie hat bis zu diesem Augenblick alle übrigen Wünsche, die in der Brust der Einzelmänner mögen, nicht zum Ausdruck gebracht, sie hat den Weg der gesetzlichen Reform nicht verlassen. Dies eine Wort, m. H., hätte schon genugt, um die Hinfälligkeit und Leere der Angriffe zu zeigen, die andere Parteien auf die Fortschrittspartei gemacht, um damit in den Köpfen Einzelner, welche unklar zu sehn gewohnt sind, Stimmen zu sorgen. (Lebhafte Beifall.)

Die Fortschrittspartei hat niemals in ihrem Bestande im Parlamente die Majorität gehabt. Sie hat aber, und das ist ein äußerst wichtiger Punkt, als Minorität trotzdem einen außerordentlichen Einfluß, man möge das nun bestreiten oder nicht und sich dagegen sträuben, wie man immer wolle, auf den Geist der Gesetze anzugebt, und das, m. H., ist der Hass, den die anderen Parteien gegen sie fühlen und der sie nichts ehrlicher thun läßt, als sie anzugreifen. Man fürchtet den Geist der Fortschrittspartei (Donnernder, nicht enden wollender Beifall), und dieser Geist wird in jedem Parlamente umgehen, er läßt sich eben nicht vertreiben (erneuter, lebhafte Beifall), er ist unrichtbar in allen Winkeleien und an jedem Platze vorhanden.

M. H. Woher erklären sich sonst die Angriffe? Gegen Jemanden, den man nicht fürchtet, führt man am wenigsten solche Waffen ins Feld, wie einzelne Parteien sie gegen die Fortschrittspartei ins Feld führen. (Bravo!) M. H. Ich halte es unter meiner Würde, in einer öffentlichen Parteiveranstaltung der Fortschrittspartei über diese Angriffe auch nur ein Wort zu verlieren. Wir charakterisieren die Parteien nicht, die solche Dinge thun, wir lassen sie beiseite, wir hoffen, daß die Wählerschaft über sie am Tage der Wahl zur Tagesordnung übergehen wird (Lebhafte Beifall), und ihnen durch ihr Votum die Antwort geben wird, daß man offen und ehrlich in Opposition bleiben kann und daß man nicht nötig hat sich schmählicher Waffen zu bedienen (Beifall).

Und nun kann ich billiger Weise die Frage aussprechen: Was glaubt man wohl, was würde aus unsern engeren und weiteren Vaterlande, was aus Preußen und Deutschland geworden sein, wenn die Fortschrittspartei nicht existirt hätte? Was glaubt man wohl, würde aus unserer Gesetzgebung geworden sein, wenn Ritter und Feudale allein das Heft in Händen gehabt hätten? Wie gering auch die Fortschritte sein mögen, die wir nach unserer Ansicht in der liberalen Gesetzgebung gemacht haben, wie würde diese aussehen ohne die Fortschrittspartei, und welche Partei würde heut in der Lage sein, offen das auszusprechen, was sie für recht hält, wenn die Fortschrittspartei nicht existirt hätte? Dies Recht, soweit es heut in Parlamenten und Versammlungen existirt, und das sollten die rechts stehenden Parteien am wenigsten vergessen, verdanken sie allein Liberalen, der Fortschrittspartei. (Bravo!)

Und nun bleibt mir unzweifelhaft nicht mehr die Möglichkeit und das Recht auf die einzelnen Fragen, welche in den letzten Monaten so ausführlich und in jeder Wahlrede in gleicher Weise behandelt worden sind, hier noch näher einzugeben. Aber ich kann mich allgemein ausdrücken. Wir wollen nicht das Tabaksmopol, wir wollen keine Zwangsinstitutionen, denn wir glauben, daß der Handwerker durch freie Selbstbestimmung sich mit seinen Genossen einigen kann und dasselbe durch die freie Unterordnung seines persönlichen Interesses unter das Allgemeine thue und erlangen kann, was er in aufgezwingter Weise, in der er sich nicht selbst unterordnet, sondern in der er unterordnet wird, niemals erlangen kann. (Lebhafte Beifall.) Wir wollen keine schrankenlose Gewerbebefreiheit, wie sie vor uns niemals dargestellt, sondern wie sie uns untergeschoben worden ist, aber wir wollen, daß der Einzelne nicht einem Zwange unterliege. Wir glauben, daß der freie Mann am besten für seine Interessen sorgen kann, denn er muß sich sagen, daß der Einzelne zu Gunsten des Ganzen Beschränkungen erleidet muß, aber er soll selbst darüber urtheilen im wohlverstandenen Interesse seines eigenen Vortheils und des Vortheils der Gesamtheit. Und das wird unbestritten sein, daß das ideale Glück der Menschheit dasjenige ist, wo das Einzelinteresse mit dem öffentlichen Interesse sich vollkommen deckt.

Wir wollen außerdem alle diese einzelnen Dinge nicht. Das haben unsere Kandidaten und viele Andere offen gesagt. Wir wollen nicht die unbeschrankte Omnipotenz des Staates. Wir sind der festen Überzeugung, und das kann Niemand bestreiten, daß der Staat sein soll der vollen Ausdruck des Rechtsbewußtseins, der ästhetischen und sittlichen Welt aller seiner Angehörigen, daß das ihm gegebene Ziel sein soll, gleiches Recht für Alle (Bravo!), Schutz für Alle, daß er aber nicht in der Lage sein darf und kann, Einzelne und Alle zu versorgen. Denn, m. H., der Staat selbst hat nichts, nichts, was nicht die Arbeit der einzelnen Staatsangehörigen erarbeitet hätte, nichts, womit er bezahlen kann, was er nicht aus den Steuertaschen seiner Angehörigen nimmt. (Lebhafte Beifall!) Es ist und bleibt der sittliche Ausdruck des Rechts-Bewußtseins. Und das führt mich auf ganz bestimmte Anforderungen, welche heut geltend gemacht werden aus Gründen, die vielfach erörtert worden sind. Man spricht von der Möglichkeit einer Altersversorgung der Arbeiter. Niemand wird bestreiten, daß gewisse Anforderungen der Arbeiter gerechtfertigt sind und die Fortschrittspartei hat dem Arbeiterstande freie Bewegung, Luft und Licht und gleiche Sonne geschaffen. Aber eines steht fest, m. H., das Geld, welches für die Arbeiterversorgung genommen werden soll, fließt aus den Taschen der Steuerzahler, fließt zum großen Theil aus den Taschen Derer, welche versorgt werden sollen (Bravo!). Und m. H., der Weg, den das Geld aus den Taschen des arbeitenden Volkes durch alle Canäle bis zur Altersversorgungsstasse nehmen soll, wird, fürchte ich, sehr rund und rollend und viel kleiner machen, als sie aus den Taschen des arbeitenden Volkes kommt. (Lebhafte Beifall.)

Das aber, m. H., wird nicht verhindern solche Fragen auf das Erste in Erwägung zu nehmen, es wird die Fortschrittspartei niemals anstreben, und sie hat dies früher mehr wie jede andere Partei gethan, sich Derer anzunehmen, welche trotz aller Arbeit einen genügenden Lebenszweck nicht haben erschaffen können. (Bravo!)

M. H.! Ich brauche nicht auf die einzelnen Dinge einzugehen, welche mit Haftpflichtgesetz, Unfallverhinderungsgesetz und ähnlichen Dingen verquickt sind. Aber eines wissen wir, daß die Partei ihren Boden nur im Volke haben, ihre Kraft nur aus dem Boden des Volkes nehmen und daß Niemand so hinunterbrannt sein kann und wird, die Interessen dieses Volkes absichtlich zu verlegen, denn es hieße sich damit selbst vernichten.

So steht die Fortschrittspartei da. Wir und das deutsche Volk in Allgemeinen sind wie kaum ein anderes Volk der modernen Welt, ein höchst dankbares Volk, vielleicht zu sehr zu sentimental Dankbarkeitsempfindung geneigt, und obwohl es mir widerstrebt von Personen zu sprechen, so mag ich doch als ehrlicher Mann offen und laut sagen, weil es sich nur einmal nicht mehr trennen läßt: das deutsche Volk wird und kann niemals vergessen, was der Reichskanzler für seinen Bestand und seine Lebensfähigkeit geleistet hat. Aber das deutsche Volk soll auch wollen daß der Fürst Reichskanzler das selbst für ihn nicht vergäße, daß er selber wie wir nicht vergessen, was und wie er dasselbe für das deutsche Volk geleistet hat. (Bravo!)

Auf dem gegenwärtigen Wege glauben wir aber dem deutschen Reichskanzler nicht folgen zu können und wir würden es für Heuchelei halten, wenn wir das nicht offen bekennen wollten (Bravo!). Wir glauben, daß der Mann aus sich selbst heraus den Weg gefunden zu haben glaubt, auf dem er vielleicht das Beste des Volkes erlangen zu können vermeint, aber so groß ist kein Mann, daß sein Kopf auf der einen Seite das Gleichgewicht halten könnte, der Summe der Köpfe der gesammten Nation (Lebhafte Beifall). Und wenn die Nation in ihren geordneten und gesetzlichen Vertretern glaubt, Nein sagen zu müssen zu bestimmten Dingen, so hat diese Vertretung das Recht, für sich verlangen zu können, daß dieses Nein mindestens nach jeder Richtung hin so gewürdigt wird, wie überall im Leben die Meinung eines ehrlichen Mannes (Bravo!). Wenn wir voraussehen

dürfen, was wir zur Zeit nicht wollen, daß die schwierigsten und ernstesten Probleme, die für die Neugestaltung des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens des Volkes nun einmal auf der Tagesordnung stehen, in loyaler Weise von der Vertreibung beurtheilt werden, dies Urtheil aber nicht die loyale Würdigung finde, dann müssen wir zu der Aufsicht kommen, daß der Kampf, um den es sich handelt, nicht gerichtet ist gegen die Differenz der Ansichten, sondern gegen die Form, in der sie zum Ausdruck gebracht wird, nicht gegen die andere Meinung, sondern gegen die andere zu Recht bestehende Macht. Es wäre nicht ein Kampf gegen diese oder jene wirtschaftliche Ansicht, sondern gegen den Parlamentarismus überhaupt. (Sehr richtig!)

Allerdings, wenn Jemand mit einer großen Macht ausgestattet ist, die er sich mit seinem besten Willen und Ringen erkämpft hat, dann kann man sich wohl in die Seele des Mannes hinein denken, daß er neben sich eine Macht nur schwer, über sich kaum jemals zu dulden die Absicht hat.

Und das, meine Herren, müssen wir unter allen Umständen vermeiden. Das Volk muß in aller Loyalität seine Vertreter so wählen, daß das Parlament ausgestattet bleibt mit der absoluten Vollmacht nach bestem Wissen und Gewissen seine Meinung zu sagen, ohne daß Jemand jemals das Recht hat, zu sagen: Das darf Ihr nicht, Ihr müßt thun, wie wir wollen. (Bravo!) Wir kämpfen also auch für unser gutes Recht, welches uns nun durch ein Menschenalter verbrieft und zugestanden ist, für das Recht der freien Meinungsäußerung, für das Recht, unsere Ansicht in der Gesetzgebung geltend zu machen, denn Jeder muß sich der Majorität unterordnen, welche doch ihren Ausdruck und ihren Boden im Volke hat.

Wenn wir nun glauben, daß diese freie Meinungsäußerung vorzugsweise in dem Geiste geführt werden soll, der hier in diesem Saale umgeht, in dem Geiste der Fortschrittspartei, dann, meine Herren, verlangen wir nichts Unbilliges. Vor allen Dingen wollen wir, daß das Volk nicht rückwärts gehe und das ist die einzige Aufrichtigkeit, die wir an anderen Parteien sehen, sie sagen mit ehrlicher Offenheit: „Wir wollen rückwärts.“ Wir aber, meine Herren, wollen vorwärts, das sagen wir mit aufrichtiger Überzeugung. (Lebhafte Beifall) Deswegen muß jeder ehrliche Mann, der aufrichtig das Wohl des Staates fördern will, für die Fortschrittspartei und ihre Kandidaten stimmen.

Darum, meine Herren, trotz Wenigen, trotz Vielem, trotz Reaction, trotz Heucheli, wir halten aber fest an der Fortschrittspartei. (Donnernder, sich mehrlach wiederholender Beifall.)

Nachdem hierauf der Vorsitzende die Anwesenden dringend ersucht hat, nach besten Kräften dafür einzutreten, daß die Kandidaten der Fortschrittspartei am Wahltag den Sieg erringe, wird die Versammlung gegen 9½ Uhr mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf den Kandidaten des Ostbezirks, Herrn Fabrikbesitzer Beblo, geschlossen.

Breslau, 18. Octbr. [Zum Besuch des Kronprinzen in Ohlau] melden Berliner Blätter: Unser Kaiser wird auf Anrathen seiner Aerzte an den bevorstehenden Jagden in Ohlau nicht Theil nehmen, sondern sich von seinem Sohne, dem Kronprinzen, vertreten lassen, was einige Aenderungen im Reiseprogramm zur Folge hat. Von Mitgliedern des königlichen Hauses schließen sich dem Kronprinzen die Prinzen Wilhelm, Friedrich Carl, August von Württemberg an. Prinz Carl betheiligt sich nicht an den Jagden — dagegen wird Prinz Albrecht, der bereits in Camenz weilt, mit den fürstlichen Jägern unterwegs zusammentreffen. Alle Prinzen werden von je einem Adjutanten, dem Kronprinz auch von seinem Hofmarschall Graf zu Eulenburg begleitet sein. Die Abfahrt des Hoftrains erfolgt am Sonntag, den 23. d. M., Nachmittag, die Ankunft in Ohlau Abends 8 Uhr 30 Minuten. Am Montag, den 24., finden zunächst drei Stand-Treiben auf Hasen auf der Feldmark Linden statt, wonach sich die Herrschaften nach der Lindner Fähre begeben und sich auf das rechte Oderufer übersezten lassen werden, in dessen Nähe im herrlichen Walde unter Leitung des Jagdzugsinspectors Stiftlich aus Grünwald ein Jagdzelt aufgeschlagen wird, in welchem die Jagdgemeinschaft vorerst das Dejeuner einnimmt, um darauf im Fürstenwald noch mehrere Treiben auf Rehe, Hasen und Fasane abzuhalten. Nach Legung der Strecke erfolgt die Rückkehr nach Ohlau in Gefährten, welche der schlesische Adel der Umgegend für die Jagddate zur Verfügung gestellt hat, um 7 Uhr Diner im Ständehaus. Für Dienstag, den 25., sind fünf Treiben in Aussicht genommen. Nach diesen folgt wie am vorhergehenden Tage Dejeuner und Strecke, und bereits um 2 Uhr Nachmittag Rückkehr nach Ohlau, von wo aus der Kronprinz sich mittels Separatjuges nach Breslau begiebt. Von dort fährt der Kronprinz weiter nach Dels, um dort dem Offiziercorps seines 2. Schlesischen Dragoner-Regiments Nr. 8 einen Besuch abzustatten und hierauf wieder nach Breslau zurückzukehren, während die übrige Jagdgemeinschaft sich von Sr. Kaiserlichen Hoheit schon vor dessen Aufzug nach Dels verabschiedet, und die Herren aus Berlin direct die Rückfahrt hierher antreten. Der Oberst-Jägermeister, Fürst von Pleß, wird unter Assistenz des Hof-Jägermeisters vom Dienst, Freiherrn von Heinze, die Jagd persönlich leiten.

Haushälter des Hauptgeschäfts nach der Stadt geholt worden, neue Anschaffungen trocken, wie schon oben bemerk't, nie ein. Sch. hatte seine übrigen Geldmittel für den Unterhalt seiner Person und des Gesüglers verwendet. Ende August verkaufte er für seine eigene Rechnung die noch in seiner Pflege befindlichen 7 Hühner und hob somit die „Gesüglersetzung Carlowitz“ auf. Wir bemerkten noch, daß die Station aus einigen, dem Gastwirth Dicker abgemieteten Stallräumlichkeiten bestand. Sch. erhielt trotz Kundigung seine in einem hiesigen Bantstitute deponirt gewesen Caution nicht zurück. Silberstein hatte zwischen die aus zwei schlesischen Pfandbriefen bestehende Caution verfassen lassen und den Betrag verbraucht. Gegenüber dem im Civillagemege durch Sch. erhobenen Anspruch machten die Herren Vogel und Silberstein den Einwand geltend, Sch. habe nicht blos contractmäßig seine Stelle verlassen, sondern sich auch das ihm gehörige Gesügel rechtswidrig angeeignet. Diese Einwände wurden vom Richter verworfen, Sch. erhielt die executive-fähige Ausfertigung seines Klageanspruches, hat aber lediglich mit dem späteren Bericht des Executors „Execution fructlos“ vorlieb nehmen müssen. Eine zweite Person, welche in dem Geschäft der Angeklagten Verwendung finden sollte, war der jetzige Telegraphist Scheider. Ihm erschien das ganze Unternehmen nach oberflächlicher Besichtigung schwindelhaft, er trat demzufolge nach ein oder zwei Tagen wieder aus, ohne die in Höhe von 600 M. verlangte Caution gezahlt zu haben. Fräulein Clara Bleyer wurde als Verläuferin engagirt. Sie war durch ihre Tante vorgestellt worden, hat aber niemals die vor ihrem Engagement bedingene Caution von 300 M. gezahlt. Weder Vogel noch Silberstein haben nach dem Eintritt des Fräuleins nochmals von der Caution bestellung gesprochen. Ihnen mit 60 Mark monatlich bedingten Lohn hat sie nur in einzelnen Raten und insgesamt nur für 1½ Monat erhalten, obgleich sie länger als vier Monate ihre Stellung inne gehabt.

Ein weiterer Belastungszeug, der früher in der Neudorfstraße etabliert gewesene Kaufmann Förster wird in der Kleidung der Arbeitshäuser vorgeführt. Er, der als Stadtreisender bei Vogel und Silberstein angestellt gewesen, ist inzwischen wegen Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit durch Überweisung an die Landespolizeibehörde zu 9 Monaten Correctionshaus verurtheilt worden. Im Förster'schen Falle sollen sich die Angeklagten im Einverständnis mit F. an den Vater desselben gewandt haben, um die Caution zu erlangen. Der Vater verweigerte aber, weiter für seinen schon im Concurs befindlich gewesenen Sohn einzutreten. Förster schuldet an Frau Wolff noch etwa 60 M. für Kost und Wohnung. Frau W. will den über diesen Betrag lautenden, von F. unterschriebenen Schuldchein an Vogel zur Einziehung des Betrages übergeben haben. V. hat allerdings dem F. auf jenen Schuldchein keine Beiträge in Abzug gebracht, weil F. seine Gehaltsrate täglich beansprucht, hat aber gleichwohl auch den Schein nicht mehr an Frau W. zurückgeliefert. Er will denselben verloren haben. Zur Zeit der Schlesischen Gartenbau-Ausstellung arrangirten die Angeklagten eine große Gesügel-Ausstellung im Matthiasthal. Es war hierbei Prämiierung der besten Exemplare aller Arten Gesügel offerirt, auch ein bedeutender Ankauf von ausgestelltem Gesügel und Geräthschaften für die mit der Ausstellung verbundene Verloofung in Aussicht gestellt. In der That gingen eine große Anzahl der besten Arten von Tauben, Hühnern, Enten, Gänsen, Singvögeln u. s. w. für die Ausstellung ein. Andere stellten Käfige, elegante Bolster und Einrichtungen für große Gesügelstationen aus. Die Angeklagten hatten an dem für die Gründung der Ausstellung festgesetzten Termin noch in keiner Weise für die Unterbringung der eingefandnen, zum Theil sehr teuren Thiere gesorgt. Ohne alle weiteren Rückfragen bemühten sie die von den sonstigen Ausstellern eingefandnen Käfige und Drahtgewebe zur Einsperrung des Gesügels. Für die Ansicht dieses möglichst geschmaßen Arrangements verlangten sie vom Publikum einen Eintrittspreis von 50 Pf. pro Person. Der Besuch war natürlich nur ein sehr mäßiger. Fräulein Bleyer verkaufte an der Kasse die Eintrittsbillets und die Ausstellungslose. Der Verlauf der letzteren wurde schon am zweiten Tage polizeilich inhibirt. Die Unternehmer hatten nämlich erst wenige Tage vorher die Genehmigung für die Verloofung nachgefragt, dieselbe war ihnen seitens des Polizei-Präsidenten der Provinz Schlesien verfagt worden. Beide Angeklagten stehen deshalb jetzt unter der Anklage, unerlaubter Weise ein Lotterie-Unternehmen in Scène gesetzt zu haben. Da die Angeklagten merkten, daß sie hier schwerlich auf ihre Rechnung kommen würden, dirigirten sie — natürlich wieder ohne die Erlaubnis der Aussteller — das ganze lebende und tote Inventar der Ausstellung nach Beuthen in Ober-Schlesien. Auf diese Weise war ihnen gleichzeitig die Räumung ihres Hauptgeschäfts gelungen, ohne daß der betreffende Hausbesitzer Verdacht schöpfe und etwa wegen rücksichtiger Miethe Beschlag auf die geringen Vorräthe legte. In Beuthen war die durch große Plakate angekündigte Gesügel-Ausstellung im Krügerschen Hotel und Garten kaum eröffnet, so erschienen auch schon Gerichtsvollzieher, um für bisher nicht einziehbar gewesene Gerichtsstöfe und für die durch „Bureau Central“ zu Breslau zur Einziehung angemeldeten rechtskräftigen Forderungen einzelne Ausstellungs-Gegenstände mit Beischlag zu belegen. V. und S. schlossen schleunigst einen notariellen Vertrag mit Krüger, wonach die gefaßte Ausstellung für seine Forderungen an Miethe, Kost und gehabte Auslagen beschlagnahmte. Die Ausstellung sollte allerdings unter alter Firma weiter eröffnet bleiben, daß Geschäft lediglich für Krüger's Rechnung geführt werden. Jetzt erschien den beiden Compagnons der Aufenthaltsort in Beuthen nicht weiter notwendig. Vogel ging zunächst nach Ratibor, um dort Vorbereitungen für die Ueberführung der Ausstellung zu treffen. Er blieb dann einige Zeit verschollen, bis österreichische Gerichte meldeten, der preußische Unterthan Vogel sei in ihren Landen abgefaßt worden. Zunächst werde ihm dort der Proces wegen Beträgerwerke, welche er in Österreich verübt, gemacht. Nachdem Vogel eine Reihe von Monaten in Untersuchungshaft gesessen, erhielt er 6 Monate Kerkerstrafe. Nach Beendigung dieser Strafe erfolgte seine Auslieferung an die preußischen Behörden. Insgeamt hat V. bis jetzt 17 Monate im Gefängnis zugebracht. Silberstein war von Beuthen aus per Bahn nach Potsdam gekommen, dort hat man ihn später entdeckt und gleichfalls in Untersuchungshaft genommen. Beide Angeklagten verharrten sich trotzdem gegen den Vorwurf, daß sie damals die Flucht ergreifen hätten. Sie waren nur abgereist, um anderweitig Geldmittel beschaffen zu können. — Die Diebstahlanslage gegen Vogel betrifft einen Wechsel, welchen er im Jahre 1876 seinem Schwiegervater, dem Schuhmachermeister Knüppel in Tarnowitz, entwendet haben soll. Der Schwiegervater hatte dem V. einen auf 300 M. lautenden Wechsel accepirt. Derselbe ging zu Protest und wurde dann von Knüppel eingelöst. V. hat den Wechsel später aus dem Secretär des R. entnommen, ihn auch aufs Neue in Umlauf gesetzt. Er will den Wechsel nicht in rechtswidriger Absicht, sondern lediglich aus Irrthum mit anderen ihm gehörigen Papieren herausgenommen haben. Weiter behauptete V., er selbst habe die Einlösung des Wechsels bewirkt. Die commissarisch erfolgte Vernehmung von etwa 12 Zeugen hat in dieser Sache keine bestimmten Anhaltspunkte für die Anklage ergeben. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Herr Assessor Schröder, beantragt deshalb hinsichtlich dieser Anklage die Freisprechung des V. Er war auf Antrag der Herren Vertheidiger, Rechtsanwalt Fabrichi für Vogel und Rechtsanwalt Stiebler für Silberstein, durch Zeugenvernehmung und aus den Acten constatirt worden, daß auf Antrag Krügers die ganze Ausstellung gerichtlich verurtheilt worden war. Den geringen Erlös hatte Krüger allein auf seine Forderungen verrechnet. Assessor Schröder ließ deshalb auch jenen Theil der Anklage fallen, welcher die beiden Angeklagten beißlich die in ihrem Besitz gewesenen Ausstellungs-Gegenstände den Ausstellern unterschlagen zu haben. Im Uebrigen beantragte er das Schuldig gegen V. und S. und jeden derselben zu 3 Jahren Gefängnis zu verurtheilen. Dies Strafmahd hielt der Staatsanwalt mit Rücksicht auf das große Rauffen, welches das Angestellten entwickelt, und die außerordentliche Gefahr, welches das Gebahren derselben für die gefaßte Geschäftswelt haben müßt, völlig angemessen. Die Vertheidiger plädieren für völlige Freisprechung ihrer Clienten event. niedriger Bemessung der beantragten Strafe, auch bitten sie, die lange Untersuchungshaft in Abrechnung zu bringen. — Der Gerichtshof spricht das Schuldig nur wegen des an Sch. verübten Betruges und wegen unerlaubter Lotterie aus, jeder der Angeklagten wird dafür mit 1 Jahre Gefängnis und 2jährigem Ehrverlust bestraft, auf diese Strafe werden je 3 Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt angerechnet. Die Angeklagten sind sichtlich zufrieden mit dem Strafmahd, sie beantragen, die Strafe sofort antreten zu dürfen.

— ch. Görlitz, 17. Oct. [Zu den Wahlen.] Stadtrath Lüders, Kaufmann Burgardt, Landrat von Seydelwitz haben sich in den letzten Tagen den Wählern ihrer Partei präsentiert. Bei den Conservativen ist die Mitwirkung ihres berühmten Koffmane für nothwendig erachtet, der, obwohl er kein Wanderprediger oder professionsmäßiger Agitator sein will, doch über die innere Politik Bismarcks und das Deutschtum, sowie die Stellung Bismarcks zum Socialismus den Görlitzer Conservativen Aufklärung zu verschaffen für seine staatsbürgliche Pflicht erachtet hat. Die Berichte der hiesigen Blätter wissen von Beifall zu erzählen, mit welchem der größte Theil der aus gegen 400 Köpfen bestehenden Versammlung das

der Kandidatenrede. Er betont seinen Nationalliberalismus und verspricht zwischen rechts und links zu vermittelns, hält sich für die wichtigsten Fragen über die Entscheidung frei, weil er sich bei seiner politischen Tätigkeit nicht auf Andere verlässt. Wenn der Bericht über seine Laubaner Kandidatenrede in der „N. A. 3.“ correct ist, erwartet Herr Burghardt nicht nur, daß seine Gesinnungsgruppen seine Wahl unterstützen, sondern auch die andern Parteien, „da das Rechte nur auf der goldenen Mittelstraße liegt“. Von den Segnungen des Schatzöllers, wie von der Unterstützung des Antrages auf Einführung von Schatzöllen schwieg Herr Burghardt, wie es scheint, wenn er sich auch als Schatzöller, Vertheidiger des Volkswirtschaftsrats, Anhänger der Colonialpolitik des Reichskanzlers, des Unfallversicherungsgesetzes, der 4jährigen Legislaturperiode bekannte. Der bisherige Reichstagsabgeordnete Lüders seinerseits glaubt, daß er den richtigen Standpunkt der Mitte einnehme und er der geeignete Mann sei, die Einigkeit der Liberalen anbahnen zu helfen, die allein mit Erfolg die anstürmende Reaction aufhalten zu können, im Stande sein werde. Er wies in der vom liberalen Wahlverein berufenen Versammlung am 14. d. M. den von der gemäßigt-liberalen, d. h. nationalliberalen Partei den Secessionisten und der Fortschrittspartei gemachten Vorwurf, daß sie Missstrafen säen, Missfrauen die Grundlage ihres Handelns und Vermeindung ihre Parole sei, für seine Person zurück, griff aber selbst den Fortschrittsclub, die äußerste Linke, als eine unfruchtbare Partei an, die mehr verspreche, als sie halten könne. Die Fortschrittspartei sei numerisch so schwach, daß sie nicht auf eigenen Füßen stehen könne. Aus dieser Auffassung läßt sich allerdings die Behandlung erklären, welche der Vorstand des liberalen Wahlvereins dem Fortschrittsclub hat widerfahren lassen. Aus der Wahlrede des Herrn Lüders ist übrigens zu entnehmen, daß er sich trotz seiner prinzipiellen Vorliebe für das Tabakmonopol bestimmt gegen Monopol und Tabaksteuererhöhung zu stimmen verpflichtet hat, wofür die Tabakfabrikanten, welche zuerst die Unterstützung der Candidatur Küstner versprochen hatten, ihrerseits für seine Candidatur eintreten, und daß er bereits im Juli 1878 erklärt hat, er werde in keine Reduktion des Militäretats willigen, so lange Frankreich nicht den Gedanken der Wiedererwerbung Elsaß und Lothringens aufgegeben habe.

Liegnitz, 15. October. [Die Kleidung des vertheidigenden Rechtsanwalts.] Die Frage, welche Kleidung für den vertheidigenden Rechtsanwalt die vorgeschriebene oder zulässige ist, wird auch hierriss ihre besondere Lösung erfahren, da, wie das „Liegn. Stadtbl.“ mittheilt, in der gestrigen Sitzung des Schöffengerichts, Vorsitzender, Amtsrichter Rämis, der bei der Verhandlung ähnlich beteiligte Rechtsanwalt Fränkel in einer Ordnungsstrafe genommen worden ist, weil er seine amtlichen Obliegenheiten in einem zwar dunkeln aber nicht schwarzen Anzug vorgenommen hatte. Dieser Beschluß wurde verkündet, nachdem Rechtsanwalt Fränkel bereits abgetreten war. Derfelbe konnte mithin seiner Auffassung in dieser Angelegenheit nicht sofort Ausdruck geben.

St. Pölitz, 16. October. [Auszeichnung. — Feuer.] Dem kürzlich in den Ruhestand getretenen Herrn Realschuldirektor Dr. Sonderhaus ist vom Kaiser der Rothe Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife verliehen worden. — Das schon seit Jahren in auffallender Weise von Bränden heimgesuchte, $\frac{1}{4}$ Stunde von unserer Stadt gelegene Heidersdorf, woselbst erst vor acht Tagen drei Besitzungen niederbrannten, ist heut abermals von einem Brandunglück betroffen. Soeben, früh gegen 9 Uhr, — die Bewohner waren meist schon zur Kirche herein nach der Stadt gekommen — erlöste vom Rathausbühn das Feuerignal. Unfere freiwillige Feuerwehr rückte bald zur Brandstätte ab. Wegen des heftigen Sturmes kann das Feuer sehr große Dimensionen annehmen. Die Vermuthung, daß in allen Fällen böswillige Brandstiftung vorliege, erscheint sehr begründet, doch ist man bis jetzt eines Thäters noch nicht habhaft geworden.

Z. Kattowitz, 17. October. [Patriotische Feier.] Zu Ehren des 50. Geburtstages unseres Kronprinzen hielt der hiesige Kriegerverein gestern in dem großen Reichshallenraume eine Dilettanten-Theatervorstellung, welche sehr zahlreich besucht war, ab. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Gymnasiadirektor D. Dissonst, trug einen Festvortrag vor. Der Ueberhaupt, welchen die Vorstellung ergab, fällt der Unterstützungsasse des Vereins zu. Der Landwehrverein wird die Kronprinzeier am Tage des Geburtstages selbst, Abends, im Vereinslocale durch ein cameradiästisches Zusammensein feiern. — Nachdem von Seiten des „reichstreuen Wahlvereins“ resp. von conservativer Seite bei der bevorstehenden Reichstagswahl Stimmenenthaltung beschlossen ist, werden die liberalen Wähler ihre Stimmen auf den liberalen Kandidaten Herrn Oberbürgermeister von Jorden befreien.

Telegramme.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Bremen, 17. October. Die Rettungsstation Westerland der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger meldet: Am 15ten October von dem norwegischen Schoner „Patria“, Capt. Christensen, gestrandet auf der Insel Sylt, mit Holz von Drammen nach Rotterdam bestimmt, 5 Personen gerettet durch den Raketen-Apparat der Station Westerland. Sturm aus NW. mit Hagel, Boot 22 Stunden unterwegs.

Die Rettungsstation Spiekeroog meldet: Am 15. October von dem deutschen Schiff „Engelina“, Capt. Tersehn, gestrandet unterhalb der Rhede von Wangeroog, mit Dorf von Rhauderfehn nach Rüstersiel bestimmt, 2 Personen gerettet durch das Rettungsboot „Aurich“ der Station Spiekeroog. Sturm aus NW. mit Hagel, Boot 22 Stunden unterwegs.

Die Rettungsstation Dörumerief meldet: Am 11. October von der deutschen Kuff „Gössna“, Capt. Geyken, mit Kohlen von Schottland nach Hoofstiel bestimmt, 4 Personen gerettet durch das Rettungsboot der Station Dörumerief. Boot 5 Stunden unterwegs.

Frankfurt a. M., 17. Octbr. Die Patent- und Musterschutz-Ausstellung ist heute Mittag geschlossen worden.

Leipzig, 17. Oct., Abends. Hochverratshprozeß gegen Breuder und Genossen. In der heutigen Verhandlung vor dem Reichsgericht begründete der Reichsanwalt Hofinger in einer vierstündigen Rede die Anklage und betonte, daß die Beweise für das Schuldig der Angeklagten mit Ausnahme von Christ, der freizusprechen sei, erbracht seien und zwar schuldig, vorbereitende Handlungen zum Hochverrat vorgenommen zu haben. Der Reichsanwalt beantragte gegen die Angeklagten Breuder, Kristopeit, Peschmann, Jacobi, Braun und Dave je 3 Jahre, gegen Voll, Mahr, Dillich, Lichtenberger, Waterstraat und Meglow je 2 Jahre, gegen Braun und die Legel je 1 Jahr Zuchthausstrafe. Es sprachen heute noch zwei der Vertheidiger, welche befragt wurden, die Angeklagten, da kein genügender Beweis gegen sie erbracht worden sei, von der Anklage des Hochverrats freizusprechen und sie nur wegen Zumiderhandelns gegen die §§ 128—130 des Strafgesetzbuches zu bestrafen.

London, 17. October. Nach einer Meldung der „Times“ aus Kairo wird der Ministerpräsident die türkischen Commissäre bis nach Alexandrien begleiten.

London, 17. Octbr. Das Centralbureau der Landliga ist von Dublin nach Liverpool verlegt. Der Deputierte Arthur D. Conner hat die Leitung der Liga übernommen.

Limerick, 18. Octbr. Die Ruhestörungen erneuerten sich am 17. d. Abends, als die Polizei den Schatzmeister des localen Zweigvereins der Landliga in das Gefängnis absführte. Die zusammengekauften Menge warf unausgesetzt Steine, womit sie auch fortfuhr, nachdem der Verhaftete ins Gefängnis eingeliefert war, so daß die Polizei von den Feuerwaffen Gebrauch machte. Unter den Verwundeten befindet sich auch eine junge Dame. Die Behörden erbaten, da die Unruhen fortdueren, telegraphisch Verstärkung der Polizei.

Konstantinopel, 17. October. Der Sultan hat dem egyptischen Premierminister Sherif Pascha den Großcordon des Osmanie-Ordens in Brillanten verliehen. Mehrere andere hohe egyptische Persönlichkeiten erhielten ebenfalls Ordensauszeichnungen.

Kairo, 17. Octbr. Die vom Sultan abgesandte Mission wird morgen die Rückreise nach Pera antreten.

Köln, 17. Octbr., früh 4 Uhr. Die gestern ausgebliebene englische Post

vom 15. October Abends hat in Köln den Anschluß an die Züge nach Berlin und Hamburg nicht erreicht. Grund: Zugverspätung auf belgischer Seite.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. L. B.) Paris, 17. Oct., Abends. [Boulevard.] 3% Rente 84, 57. Neueste Anleihe 1872 116, 77. Türken 15, 60. Neue Egyptier 384, — Banque ottomane —, —. Italiener —, —. Chemins —, —. Oester. Goldrente —, —. Ungar. Goldrente —, —. 4proc. uns. Goldrente —, —. Spanier exter. —, do. inter. —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. 1877er Russen —, —. Türkense —, —. Türkens 1873 —, —. Amortisirbare —, —. Orient-Anleihe —, —. Pariser Bank —, Matt.

London, 17. Octbr., Nachm. 4 Uhr. [Schluß-Course.] Consols 99, —. Preuß. 4proc. Consols 100 $\frac{1}{2}$, 40% bayerische Anleihe —. Italien. 5proc. Rente 89, —. Lombarden 14 $\frac{1}{4}$, 30% Lombarden, alte —. 30% do. neue 11 $\frac{1}{4}$, 5proc. Russen de 1871 88 $\frac{1}{4}$, 5proc. Russen de 1872 88 $\frac{1}{4}$.

5proc. Russen de 1873 90 $\frac{1}{2}$, 50% Türken de 1865 15 $\frac{1}{2}$, 31 $\frac{1}{2}$ % fundierte Amerikaner 102 $\frac{1}{4}$. Oester. Silberrente 66 $\frac{1}{4}$, Papierrente —, —. Ungar. Goldrente —, —. Oester. Goldrente 80 $\frac{1}{4}$, Spanier 26 $\frac{1}{2}$, 6proc. unif. Egyptier 76, 4proc. ungar. Goldrente 77 $\frac{1}{2}$, Platzdiscont 4 $\frac{1}{4}$ %, Bankauszahlung —. Pf. Sterl. Ruhig.

London, 17. Octbr., 5 Uhr 30 Min. Silber 51 $\frac{1}{2}$ %. — Bankeinzahlung 109,000 Pf. Sterl. Bankauszahlung 100,000 Pf. Sterl.

Frankfurt a. M., 17. Octbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 475. Pariser Wechsel 80, 60. Wiener Wechsel 172, 75. Köln-Mindener Stamm-Aktionen —. Rheinische Stamm-Aktionen —. Hessische Ludwigsbahn 100 $\frac{1}{2}$, Köln-Mind. Brämen-Aanth. 130 $\frac{1}{4}$, Reichsanleihe 101 $\frac{1}{2}$, Reichsbank 154. Darmstädter Bank 172 $\frac{1}{2}$, Meiningen Bank 104 $\frac{1}{2}$, Oester. Ungarische Bank 719, 50. Credit-Aktionen 223 $\frac{1}{2}$, Wiener Bankverein 123 $\frac{1}{2}$, Silberrente 67, Papierrente 66, Goldrente 81 $\frac{1}{4}$, 40% Ung. Goldrente 78 $\frac{1}{4}$, 1860er Loope 124 $\frac{1}{4}$, 1864er Loope 327, —, Ung. Staatsloose 239, —, Ung. Ostbahn-Oblig. II. 95 $\frac{1}{2}$, Böhmisches Westbahn 275 $\frac{1}{2}$, Elisabethsbahn —, Nordwestbahn 201, Galizier 284, Franzosen 309 $\frac{1}{2}$, Lombarden 141 $\frac{1}{2}$, Italiener 89 $\frac{1}{2}$, 1877er Russen 91 $\frac{1}{2}$, 1880er Russen 75 $\frac{1}{2}$, II. Orientanleihe 61 $\frac{1}{2}$, III. Orientanleihe 60 $\frac{1}{2}$, Central-Pacif. 112 $\frac{1}{2}$, Buschfiehrer —, —, Ungar. Papierrente —, —, Elbtal —, Lothringer Eisenwerke —, —, Privat-Discont —, —, Pf. Spanier —, —, Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 324, Franzosen 309 $\frac{1}{2}$, Galizier 283 $\frac{1}{2}$, Lombarden 141 $\frac{1}{2}$, Oester. Goldrente —, —, Ungar. Goldrente —, 1880er Russen —, II. Orientanl. —.

Hamburg, 17. October, Nachm. [Schluß-Course.] Preuß. 4proc. Consols 101 $\frac{1}{2}$, Hamburger St.-Br.-A. —, Silberrente 67 $\frac{1}{2}$, Oest. Goldrente 81 $\frac{1}{2}$, Ung. Goldrente 78, 1860er Loope 126, Credit-Aktionen 325 $\frac{1}{2}$, Franzosen 772, Lombarden 353 $\frac{1}{2}$, Ital. Rente 89 $\frac{1}{2}$, 1877er Russen 91 $\frac{1}{2}$, 1880er Russen 74 $\frac{1}{2}$, II. Orient-Anl. 58 $\frac{1}{2}$, III. Orient-Anl. 58 $\frac{1}{2}$, Laura-hütte 127 $\frac{1}{2}$, Norddeutsche 1881 $\frac{1}{2}$, 5% Amerik. —, Rhein. Eisenb. —, do. junge —, Bergisch-Märkische do. 122 $\frac{1}{2}$, Berlin-Hamburg do. 298, Altona-Kiel do. 1881 $\frac{1}{2}$, 5proc. österr. Papierrente —, Discont 5%, Creditactien fest.

Hamburg, 17. Octbr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen ruhig, auf Termine fest, Roggen loco und auf Termine fest, Weizen pr. October-Novbr. 234, 00 Br., 233, 00 Br., pr. April-Mai 224, 00 Br., 223, 00 Br., Roggen pr. October-Novbr. 178, 00 Br., 176, 00 Br., pr. April-Mai 165, — Br., 163, — Br., Hafer still, Gerste matt, Rüböl ruhig, loco 56, — pr. October 56, —, Spiritus still, pr. October 49 Br., pr. Novbr.-Dechr. 46 $\frac{1}{2}$ Br., pr. Dec-Jan. 46 $\frac{1}{2}$ Br., pr. April-Mai 44 $\frac{1}{2}$ Br., Kaffee ruhig, Umsatz 1500 Sac. Petroleum still, Standard white loco 8, 25 Br., 8, 15 Br., pr. October 8, 15 Br., pr. Novbr.-Dechr. 8, — Br., Wetter: Schön.

Posen, 17. Octbr. Spiritus pr. October 52, 30, pr. Novembr. 51, 00, pr. December 50, 20, pr. April-Mai 51, 40. Getreid —, Leder. Flan.

Liverpool, 17. Octbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmäßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Fest. Tagesimport 5000 Ballen.

Liverpool, 17. Octbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 15,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner fest, Surats ruhig. Midd. amerikanische November-December-Lieferung 6 $\frac{1}{2}$, Januar-Febr.-Lieferung 6 $\frac{1}{2}$.

Liverpool, 14. Oct., Nachmittags. [Baumwollen-Wochenbericht.] Baumwollumfang 70,000 Ballen, dergl. von amerikanischen 56,000, dergl. für Speculation 2000, dergl. für Export 3000, dergl. für wrl. Cons. 56,000, dergl. unmittelbar ex Schiff 6000, wrl. Export 5000, Import der Woche 54,000, davon amerikanische 28,000, Vorrauth 591,000, davon amerikanische 458,000, schwimmend nach Großbritannien 204,000, davon amerikanische 162,000 Ballen.

Glasgow, 17. Octbr. (Schluß.) Roheisen 51, 11 $\frac{1}{2}$.

Pest, 17. Octbr., Worm 11 Uhr. [Producentenmarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine fest, Roggen loco und auf Termine fest, Weizen pr. October-Novbr. 234, 00 Br., 233, 00 Br., pr. April-Mai 224, 00 Br., 223, 00 Br., Roggen pr. October-Novbr. 178, 00 Br., 176, 00 Br., pr. April-Mai 165, — Br., 163, — Br., Hafer still, Gerste matt, Rüböl ruhig, loco 56, — pr. October 56, —, Spiritus still, pr. October 49 Br., pr. Novbr.-Dechr. 46 $\frac{1}{2}$ Br., pr. Dec-Jan. 46 $\frac{1}{2}$ Br., pr. April-Mai 44 $\frac{1}{2}$ Br., Kaffee ruhig, Umsatz 1500 Sac. Petroleum still, Standard white loco 8, 25 Br., 8, 15 Br., pr. October 8, 15 Br., pr. Novbr.-Dechr. 8, — Br., Wetter: Schön.

Posen, 17. Octbr. Spiritus pr. October 52, 30, pr. Novembr. 51, 00, pr. December 50, 20, pr. April-Mai 51, 40. Getreid —, Leder. Flan.

Liverpool, 17. Octbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmäßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Fest. Tagesimport 5000 Ballen.

Liverpool, 17. Octbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 15,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner fest, Surats ruhig. Midd. amerikanische November-December-Lieferung 6 $\frac{1}{2}$, Januar-Febr.-Lieferung 6 $\frac{1}{2}$.

Liverpool, 14. Oct., Nachmittags. [Baumwollen-Wochenbericht.] Baumwollumfang 70,000 Ballen, dergl. von amerikanischen 56,000, dergl. für Speculation 2000, dergl. für Export 3000, dergl. für wrl. Cons. 56,000, dergl. unmittelbar ex Schiff 6000, wrl. Export 5000, Import der Woche 54,000, davon amerikanische 28,000, Vorrauth 591,000, davon amerikanische 458,000, schwimmend nach Großbritannien 204,000, davon amerikanische 162,000 Ballen.

Glasgow, 17. Octbr. (Schluß.) Roheisen 51, 11 $\frac{1}{2}$.

Pest, 17. Octbr., Worm 11 Uhr. [Producentenmarkt.] Weizen loco behauptet, auf Termine fest, pr. Herbst 12, 62 Br., 12, 65 Br., pr. Frühjahr 13, 25 Br., 13, 30 Br., Hafer pr. Herbst 7, 85 Br., 7, 90 Br., Mais pr. Mai-Juni 7, 45 Br., 7, 47 Br., Kohlraps —, Wetter: Regen.

Paris, 17. Octbr., Nachmittags. [Producentenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, pr. October 32, 50, pr. November 32, 60, pr. November-Dechr. 22, 60, per Januar-April 32, 60, Roggen fest, pr. October 22, 50, pr. Januar-April 22, 75, Mehli 9 Marques, ruhig, pr. October 25, pr. November 68, 50, pr. November-Februar 68, 50, pr. Januar-April 68, 60, Rüböl behauptet, pr. October 75, 50, pr. November 76, 00, pr. December 76, 25, pr. Januar-April 77, 00, Spiritus ruhig, pr. October 65, 00, pr. November 65, 00, pr. December 65, 00, pr. Januar-April 64, 75, — Wetter: Schön.

Paris, 17. Octbr., Nachmittags. Rohzucker 88 $\frac{1}{2}$ loco fest, 56, 75 bis 57, 00. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 1

J. Goossens, Aachen, mit Bremse zu 2930 M., ohne zu 2520 M. frei Hainholz, 32 M. billiger frei Hamm; Gustav Talbot u. Co., Aachen, mit Bremse zu 3165 M., ohne zu 2550 M. frei Hainholz; "Saxonia" Aktiengesellschaft in Röderberg, mit Bremse zu 3130 M., ohne zu 2340 M. frei Hainholz, 50 M. billiger frei Nordhausen.

Berliner Börse vom 17. October 1881.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	14	10170	bz
Consolidirte Anleihe	14	10590	bz
do. do. 1876	14	10120	bz
Staats-Anleihe	14	10600	bzG
Staats-Schuldnoten	14	9966	bz
Präm.-Anleihe v. 1855	14	14600	bzB
Berliner Stdt.-Oblig.	14	10280	bz
Berliner	14	10350	bz
Pommersche	14	9120	bz
do. do.	14	10020	bz
do. do. 14	10175	G	
Posensche neue	4	10013	B
Schlesische	14	9300	G
Lndsch. Central	14	10960	bz
Kur.-u. Neumärk.	14	10640	bzG
Pommersche	4	10049	bz
Posensche	4	10000	bz
Preussische	4	10016	G
Westfäl. Rhein.	14	10050	bz
Schlesische	4	10020	G
Badische Präm.-Anl.	4	14350	bzG
Bayerische Präm.-Anl.	4	13549	G
do. Anl. v. 1875	4	10140	bzG
Coöd.-Mind. Prämienisch	14	12953	bz
Bächs. Rente von 1874	14	8020	bz

Wechsel-Course.

Amsterdam	100	FL	8 T. 4	166,35	bz
do.	do.	2 M.	4	167,25	bz
London	1 Lstr.	8 T. 5	204,45	bz
do.	do.	3 M.	5	29,215	bz
Paris	100 Frs.	8 T. 4	86,50	bz
do.	do.	2 M.	4	79,90	bz
Petersburg	100 SR.	3 W. 6	216,50	bz
do.	do.	3 M.	6	216,50	bz
Warschau	100 SR.	8 T. 6	218,10	bz
Wien	100 FL	8 T. 4	172,85	bz
do.	do.	2 M.	4	171,75	bz

Kurh. 40 Thaler Loose 300,00 G
Badische 35 Fl. Loose 216,00 bz
Braunschw. Prämien-Anleihe 102,20 bzG
Oldenburger Loose 154,00 bz

Ducaten — Dollar —

Sover. 20,35 G Oestr. Bkn. 173,25 bz

Napoleon 16,21 G do. Silbergd.

Imperialz. Russ. Bkn. 218,85 oz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Aachen-Maastricht	1879	1880	3/4	4	47,50	bzG
Berg.-Märkische	41/4	51/8	4	122,90	bzG	
Berlin-Anhalt	5	6	4	135,25	bz	
Berlin-Dresden	0	6	4	19,50	bzB	
Berlin-Görlitz	0	4	31,80	bzG		
Berlin-Hamburg	121/2	141/4	4	297,00	bz	
Berl.-Fotsd.-Magde.	5	4	4	4	4	4
Berl.-Stettin	43/4	42/4	43/4	116,75	B	
Böhm. Westbahn	6	7	4	135,90	bzG	
Bresl.-Freib.	43/4	48/4	4	101,50	bzG	
Cöln-Minden	6	6	4	4	4	4
Dux-Bodenbach	4	4	4	153,70	bz	
Gal. Carl-Ludw.-B.	7,738	7,738	4	141,30	bz	
Halle-Sorau-Gub.	0	4	4	21,75	bz	
Kaschau-Oderberg	4	4	4	64,40	bzG	
Kronpr. Rudolfs.	5	5	4	13,80	90 bz	
Ludwigsb.-Exh.	9	9	4	206,25	bz	
Märk.-Posener	0	4	4	33,00	bz	
Magdeh.-Halberst.	6	6	4	4	4	4
Mainz-Ludw.-B.	4	4	4	100,30	bz	
Niederschl.-Märk.	4	4	4	100,50	bz	
Oberschl. A.C.D.E.	93/6	104/6	34/4	247,75	bz	
do. B. B.	197/6	217/6	31/2	196,00	etbz	
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	6	4	62,00	619,40	
Oest. Nordwestb.	4	4	4	49,00	bz	
Oest.Südb.(Lom.)	0	4	4	255,50	285,50	
Ostpreuss. Sath.	0	4	4	66,00	bzG	
Reichenberg-Pard.	4	4	4	167,20	bz	
Rheinb.-Exh.	7	61/2	61/2	162,25	bz	
do. Lit. B. G.	4	4	4	100,40	G	
Marienburg-Milaw.	5	5	4	16,60	G	
Ostr. Südbahn	5	21/2	5	97,60	G	
Posen-Kreuzburg	29/4	28/4	5	70,00	bzG	
Rechte-O.-U.-B.	75/10	71/12	5	161,50	bzG	
Rümann.-Eber.	8	8	4	212,25	bz	
Saalf.-Bahn	0	4	4	23,90	etbz	
Weimar-Gera	41/2	41/2	5	51,60	bz	

Ausländische Fonds.

Dest. Silber-R. I. I. 1/1-7/1	41/2	67,10	20 bz
do. 1/4-1/10	14	67,25	bz
Goldrente	4	81,00	bz
Papierrente	41/2	66,23	etbz
do. Lotn. Anl. v. 60	5	125,00	bzB
do. Credit-Losse	fr.	—	—
do. 64er Loose	fr.	—	—
Baus. Präm.-Anl. v. 64	152,60	G	
do. do.	1866	148,90	bz
Orient-Anl. v. 1877	60,90	bz	
do. II. do. v. 1878	61,10	20 bzG	
do. III. do. v. 1879	61,30	20 bz	
do. Engl. v. 1871	93,60	bz	
do. v. 1872	96,50	bz	
do. Anleihe v. 1877	93,80	bzB	
do. do. 1880	75,30	20 bz	
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	86,28	bz	
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd.	76,50	bz	
Buss. Poln. Schatz-Obl.	84,60	G	
Poln. Pfndbr. III. Em.	65,70	bz	
Poln. Liquid.-Pfndbr.	55,10	bzG	
Amerik. rückz. p. 1881	—	—	
do. 60 ^o Anleihe	5	89,80	bz
ital. 50 ^o Anleihe	95,49	bz	
Raab-Graz. 100 ^o Jhr.-L.	110,10	G	
Rumanische Anleihe	111,10	G	
Zumau. Staats-Oblig.	103,30	etbz	
Türkische Anleihe	16,20	G	
Ungar. Goldrente	102,63	bz	
do. do.	103,37	bzB	
do. Papierrente	77,00	bz	
do. Linose (M.p.St.)	238,00	B	
Ung. Invest.-Anleihe	94,00	B	
Ung. 50 ^o St. Eisnb.-Anl.	95,30	bz	
Finnische 10 Thlr.-Loose	51,40	bz	
Türken-Loose	42,25	bzG	

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	5	51,00	bzG	
Berlin-Görlitz	51/3	51/3	51/2	96,80	bzG
Breslau-Warshaw	0	11/2	5	55,00	bzG
Halle-Sorau-Gub.	51/2	51/2	5	91,75	bzB
Kohlfurt-Falkenh.	0	6	4	45,90	G
Märkisch.-Posener	5	5	5	114,70	bzG
Magdeh.-Halberst.	34/2	34/2	31/2	86,25	G
do. Lit. C.	5	5	4	125,50	bz
Marienburg-Milaw.	5	5	4	103,25	bzG
Ostr. Süd.-Bahn	5	21/2	5	97,60	G
Oels-Gnesen	0	6	4	43,75	bzG
Posen-Kreuzburg	29/4	28/4	5	70,00	bzG
Rechte-O.-U.-B.	75/12	71/12	5	126,50	bzG
Rümann.-Eber.	8	8	4	83,25	bz
Saalf.-Bahn	0	5	4	69,60	G
Weimar-Gera	0	5	4	36,96	bzG

Bank-Papiere.

|<td
| |